

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/122

Bad Godesberg, den 30. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Stiefkind "Jugendpolitik"</u> "Geprügelt - überfüttert - verlassen - überfahren" Von Dr. Rolf Meinecke, MdB	90
3	<u>Das Parlament kontrolliert !</u> Eine Bemerkung aus gegebenem Anlaß Von Fritz Säger, MdB	35
4	<u>Wahlen zur Volkskammer</u> Noch fehlen Alternativen zur vorherrschenden SED-Meinung	29
5 - 6	<u>Wie gleichberechtigt ist die Frau in Europa ?</u> Gemeinsamer Rechtsstatus gefordert Internationale Konferenz sozialdemokratischer Frauen in Straßburg Von Egon J. Heinrich	85

* * *

Stiefkind "Jugendpolitik"

"Geprügelt - Überfüttert - verlassen - Überfahren"

Von Dr. Rolf Meinecke, MdB

Der Beschluß des Ältestenrates des Deutschen Bundestages, die Diskussion über den "Bericht der Bundesregierung über die Lage der Jugend" von der Tagesordnung der letzten Sitzungswoche abzusetzen, ist bedauerlich. Politisch bedenklich ist, daß dadurch auch verhindert wird, die Bundesregierung endlich dazu zu bewegen, die Große Anfrage der CDU "Über die Situation der Kinder" zu beantworten.

Folgende Tatsachen sind in Erinnerung zu bringen:

1. Seit z w e i (1) Jahren liegt der sehr ausführliche Bericht der Regierung über die Lage der Jugend vor.
2. Der Ausschuß für Familien- und Jugendfragen hat seit Herbst 1966 in mehreren Anhörverfahren die Meinung und auch die teilweise bittere Kritik vieler Sachverständiger gehört. Der Bericht wurde intensiv und umfassend diskutiert.
3. Der Ausschuß ist fast einmütig zu der Auffassung gelangt, daß bei der Schilderung der Lage der Jugend manche Punkte zu kurz gekommen sind; diese Aussage gilt besonders für die Situation der Kinder!
4. Die CDU-Fraktion richtet daraufhin am 7. 12. 1966 eine entsprechende Große Anfrage an die Bundesregierung. Die Anfrage reitet gewissermaßen auf der bedrückenden Welle der Erkenntnisse aus dem Jugendbericht. Sie ist bis heute unbeantwortet!
5. Die Presse greift das Thema auf: Seit Monaten werden wir in alarmierender Weise über zahlreiche gesellschaftspolitisch mißliche Tatbestände unterrichtet: so DIE ZEIT "Geprügelt - Überfüttert - verlassen - Überfahren". - So zum Beispiel fragt CONSTANZE "Können wir eigentlich Kinder erziehen?"
6. Das Deutsche Fernsehen wird wach: "Kinder auf der Polter" wird am 27. 2. 1967 vom Sender Freies Berlin ausgestrahlt.
7. Der gesundheitspolitische Ausschuß des Bundestages befaßt sich im April 1967 sehr ausführlich mit dem Jugendbericht und erarbeitet auf seinem Gebiet zahlreiche wertvolle Anregungen.

Die deutsche Öffentlichkeit muß nun zu der zwar falschen doch verständlichen Auffassung kommen, daß all diese bedenklichen Tatbestände den Bundestag in keiner Weise anrühren. Warum findet keine Plenardebatte statt und warum werden diese Dinge nicht in umfassendem Zusammenhang voll ausdiskutiert? Es muß auch kritisch registriert werden, daß die Große Anfrage der CDU zwar bedauerliche Tatbestände aufhellen möchte, wie das Fehlen von Spielplätzen, die Zunahme der Haltungsschäden, der Mangel an familiengerechten Wohnungen und die unzulängliche Sexualerziehung durch Schule und Elternhaus - aber die nicht nur bedauerlichen, sondern überaus mißlichen und wunden Punkte unserer Gesellschaft unberührt läßt. Gerade diese für uns alle höchst peinlichen Tatbestände

gilt es aufzuklären, statistisch und kausal zu konkretisieren, aus dem Bereich der Dunkelziffern herauszukommen - um dann gesetzgeberisch aktiv zu werden!

Ist eine gesetzgeberische Aktivität nicht möglich oder stoßen wir wieder einmal an die Grenzen unseres heiß geliebten Föderalismus, so könnte die Öffentlichkeit durch eine ausführliche Plenardebatte wenigstens zum Mitfühlen, zum Mitleiden und vielleicht gar zum Mitdenken und Handeln gezwungen werden. Viele Abgeordnete aller Parteien scheinen diese Meinung zu teilen, denn in der Fragestunde des Bundestages wurden seither einige dieser "wunden Punkte" angesprochen, z.B. die mangelhafte Aufklärung einer großen Zahl von Kindesmißhandlungen.

Die Gesamtthematik ist jedoch zu ernst, um sie weiterhin in Fragestunden kleckerweise zu behandeln oder mittels kleiner Anfragen lediglich Teilaspekte zu erforschen! Wir sozialdemokratischen Abgeordneten haben uns bewußt ein halbes Jahr zurückgehalten, um die Debatte nicht zu zersplittern. Bevölkerung und Bundestag sollten sich dieser Generaldebatte mit ganzer und nicht mit bereits zermürbter Aufmerksamkeit widmen. Auf der anderen Seite ist zweifellos positiv zu vermerken, daß die Bundesregierung und einzelne Länderregierungen (z.B. Hamburg) Gesetzesnovellen vorbereiten oder bereits Referentenentwürfe diskutieren, die wenigstens auf einigen Teilgebieten Abhilfe schaffen werden.

Welches sind denn nun diese gesellschafts-, jugend- und familienpolitisch höchst bedenklichen Tatbestände, die einer eingehenden Erörterung bedürfen? Der Katalog ist kaum überschaubar; er enthält gesundheitspolitische, pädagogische und sozialpolitische Teilaspekte, erschallert in vielen Farben bis zum giftigen Grün der ansteigenden Kinder- und Jugendkriminalität.

Mir scheinen zur Zeit am wichtigsten folgende Probleme zu sein:

- * Maßnahmen gegen Kindesmißhandlungen.
- * Meldepflicht für geistig und körperlich behinderte Kinder? Ja oder nein? Oder gibt es eine Kompromißlösung, die auch für die deutsche Ärzteschaft tragbar ist?
- * Die Situation der Säuglinge und Kleinkinder in Heimen - auch in Obdachlosenasylen.
- * Eine Prüfung der Möglichkeiten der "kinder- und jugendgerechten Behandlungsweise in deutschen Heil- und Pflegeanstalten".
- * Möglichkeiten einer Verbesserung der schulärztlichen Versorgung.
- * Ausgestaltung und Vermehrung der Erziehungsberatungsstellen.
- * Regelung des "Unehelichen-Rechts".
- * Maßnahmen gegen Triebverbrecher!
- * Das Problem des richtigen Zeitpunktes der Einschulung.
- * Reichen die Rehabilitationsstätten für Kinder aus?

Damit sind nur e i n i g e Punkte aufgezählt worden. Die Situation der Kinder ist auch eine Frage der Möglichkeiten vernünftiger Familienplanung! Es wäre wirklich gut gewesen, wenn vor der großen Reise alle die deutsche Öffentlichkeit noch einmal zur Aufmerksamkeit gezwungen worden wäre und wenn die Kardinalfrage einer Lösung nähergebracht worden wäre: Sind wir eigentlich ein kinderliebendes Volk?

Das Parlament kontrolliert !

Eine Bemerkung aus gegebenem Anlaß

Von Fritz Sänger, MdB

Es ist - abermals! - Anlaß gegeben, mit großen Nachdruck darauf hinzuweisen, daß es die ursprüngliche und für die Verfassungswirklichkeit in der Demokratie unentbehrliche Aufgabe des Parlaments und jedes Parlamentariers ist, die Maßnahmen der Regierung und der Beauftragten der Regierung, also der Verwaltungen und ihrer Beamten, zu kontrollieren. Nach dem Grundgesetz hat "jedermann" das Recht, "sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen" mit Bitten oder Beschwerden "an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung" zu wenden. Nun gibt es aber "zuständige Stellen", die es nicht wünschen, daß sich ein Staatsbürger und gar ein Beamter, vielleicht etwa ein ihnen unterstellter Beamter, an "die Volksvertretung" wendet. Sie nehmen ihre Zuflucht zu der These, der einzelne Abgeordnete (der Volksvertreter also) sei nicht zulässiger Adressat, sondern der Bundestag insgesamt. Wie töricht! Wenn die Klagen oder Bitten, die wir als Abgeordnete zuweilen bekommen und abzustellen versuchen, an "den Bundestag" gehen müßten, kämen die ewig obrigkeitlich gesinnten, immer jeder Kontrolle abholden und ausweichenden "Vorgesetzten" wahrscheinlich sehr viel schlechter davon. Ich rate ab, sich hinter Mehrheiten verstecken zu wollen, wenn es um Klarheit und sehr oft um das Recht geht.

Der Fall, der zu diesen Bemerkungen Anlaß gibt - er sei hier nicht dargelegt, weil wir auf einen Zugriff des zuständigen Ministers hoffen können - belegt die Berechtigung der Furcht, da grundgesetzlich festgelegte Rechte im Ober- und Unterordnungsverhältnis der Beamten praktisch außer Kraft gesetzt werden können. Das darf nicht so bleiben! Ein Beamter, der einen in weniger verantwortlicher Position tätigen anderen Beamten zur Rechenschaft zieht, weil dieser einen Abgeordneten über allgemein bekannte Tatsachen und Maßnahmen (nicht einmal über geheime!) informiert und seine Meinung für Verbesserungen mitteilt - ein solcher "Vorgesetzter" wäre besser bald ein "Zuruckgesetzter", denn er hat keinen Hauch dessen verspürt, was das Leben in einer Nation lebenswert macht, in der die Staatsgewalt von Volke und nicht von der Verwaltung ausgeht.

Es wäre eine gute Sache, wenn wir auch hohen Ministerialbeamten, die unter ihnen arbeitende Beschwerdeführer "zur Verantwortung zieher", deutlich machen könnten, daß auch sie sich zu verantworten haben, wenn nötig, vor aller Öffentlichkeit.

Wahlen zur Volkskammer

Noch fehlen Alternativen zur vorherrschenden SED-Meinung

sp - Am kommenden Sonntag sind die rund zwölf Millionen Wahlberechtigten der DDR aufgerufen, ihre Stimme zur Volkskammer, dem Parlament, abzugeben. Auf den Bewerberlisten stehen 583 Kandidaten für die 434 Parlamentssitze zur Auswahl. Den Wählern ist somit die Möglichkeit gegeben, unter den Bewerbern eine "Auswahl" zu treffen und diejenigen zu streichen, die ihnen am wenigsten vertrauenswürdig erscheinen. Zwar fehlen bei der Kandidatenaufstellung noch echte Alternativen, um auch oppositionelle Kräfte ins Spiel zu bringen, aber immerhin kann es als ein erster bescheidener Ansatz gewertet werden, daß die in der "Nationalen Front" zusammengeschlossenen Parteien eine begrenzte Auswahlmöglichkeit geschaffen haben. Es sei hier auch daran erinnert, daß auch Jugoslawien zuerst diesen vorsichtigen Weg einer Auslese beschritten hatte, um jetzt die Möglichkeit zur Kandidatenaufstellung durch Gruppierungen zu ermöglichen, die außerhalb der zugelassenen Partei stehen.

Natürlich nimmt die SED innerhalb der "Nationalen Front" weiterhin eine beherrschende Rolle ein, während den übrigen Parteien, wie CDU, LPD, MPDF, Bauernpartei und speziellen Fraktionen, wie FDJ, Genossenschaften usw., nur so viel Macht verliehen wird, wie es der herrschenden Partei richtig erscheint. Trotzdem sollte man sich nicht von der falschen Vorstellung leiten lassen, daß die Kandidaten, die nicht der SED angehören, nur politische Krüppel wären, die auf den Befehl: Hinlegen - Aufstehen, warten. Es gibt Kräfte, die das noch ganz zarte Pflänzchen einer Opposition zu hegen suchen. Die Frage ist nur, inwieweit das herrschende Wahlverfahren solchen Kräften ein konstruktives Maß an Widerspruch zubilligt.

Der Boden muß noch gründlich bearbeitet werden, daß diese Kräfte eine alternative Rolle zur vorherrschenden Parteimeinung im Interesse der Bevölkerung entwickeln können.

Wie gleichberechtigt ist die Frau in Europa ?

Gemeinsamer Rechtsstatus gefordert

Von Egon C. Heinrich

Heiratet eine Bürgerin des Großherzogtums Luxemburg, dann verliert sie schlagartig viele Rechte an ihren Ehemann. Dieser kann fortan über das Sach- und Geldvermögen seiner Frau verfügen. Will die jungvermählte Luxemburgerin etwa ein eigenes Handelsgeschäft betreiben, um das Haushaltsgeld aufzubessern, so bedarf sie der Zustimmung ihres Mannes. Ähnlich unterentwickelt ist die güterrechtliche Stellung der Frauen auch in Italien und Belgien. Das ist nicht erstaunlich, wenn man weiß, daß in Belgien und Luxemburg schon seit mehr als 150 Jahren - seit dem Code Napoleon von 1804 - keine grundlegende Modernisierung des Ehe- und Familienrechts mehr vorgenommen wurde. Das eheliche Güterrecht Italiens wurde zum letzten Mal 1929 grundlegend geändert.

Das Güterrecht ist aber nur einer von vielen Bereichen, in denen das Ehe- und Familienrecht unter den sechs EWG-Ländern noch stark auseinanderklafft. Im Zeitalter des Tourismus, der Freizügigkeit der Arbeitskräfte und der Gastarbeiter werden immer mehr Ehen über nationale Grenzen hinweg geschlossen. Das Staatsangehörigkeits- und Ehe-recht hat dieser Entwicklung nicht Rechnung getragen. In naher Zukunft wird man daher an einer Harmonisierung der unterschiedlichen Rechtssysteme im Europa des Gemeinsamen Marktes nicht vorbeikommen, andernfalls dürften die Erfolge der wirtschaftlichen Integration gefährdet sein.

* * *

Davon ausgehend haben sich die sozialdemokratischen Frauen der sechs EWG-Länder in den letzten Jahren verstärkt der Harmonisierung des Staatsangehörigkeits- und Familienrechts angenommen. Den organisatorischen Rahmen für ihre Arbeit bietet der vor einsechzig Jahren gebildete Frauenausschuß im Verbindungsbüro der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft. Auch hierbei sind die europäischen Sozialdemokraten den anderen Parteien voraus. Vorsitzende des Frauenausschusses, dem die leitenden sozialdemokratischen Politikerinnen der einzelnen Parteien angehören, ist die luxemburgische Abgeordnete des Europäischen Parlaments Astrid Lullin g.

* * *

Auf Einladung dieses Frauenausschusses trafen sich kürzlich über 200 sozialdemokratische Frauen aus den EWG-Staaten im Europäischen Parlament in Straßburg, um mit Europa-Abgeordneten über aktuelle Fragen der Europapolitik zu diskutieren und Resolutionen über die Angleichung des ehelichen Güterrechts und den Nahost-Konflikt einstimmig anzunehmen. Es handelte sich bereits um das 4. Europatreffen sozialdemokratischer Frauen. 1966 war eine EntschlieÙung über die Harmonisierung des Staatsangehörigkeitsrechts gebilligt worden. Als nächsten Schritt wollen die Politikerinnen, die im Frauenausschuß der EWG-So-

zialdemokraten zusammenarbeiten, die Rechtsstellung der Eltern gegenüber den ehelichen und unehelichen Kindern in den EWG-Ländern vergleichen und daraus die im Sinne der europäischen Einigung notwendigen Forderungen ableiten. Selbstverständlich sollen dabei die historisch gewachsenen Besonderheiten der einzelnen Länder berücksichtigt werden. Angestrebt wird ein Mindestmaß an Harmonisierung in Bereichen, die der EWG noch nicht unterstehen.

Die EntschlieÙung fordert daher, "daÙ die Bestimmungen des ehelichen Güterrechts in der EWG in Wege des Fortschritts harmonisiert werden, zumal in den Mitgliedstaaten grundlegende Unterschiede bestehen, die sich als Hindernisse für die Freizügigkeit auswirken". Der modernen Auffassung von der Gleichberechtigung werde am besten eine Güterordnung gerecht, die das Vermögen der Ehepartner grundsätzlich getrennt und in der Verfügungsgewalt desjenigen belasse, dem es gehört. Nicht länger solle der Mann über das Vermögen der Frau allein verfügen dürfen.

* * *

Ausführlich diskutierten die Frauen über die Auswirkungen der EWG-Agrarpolitik auf die 190 Millionen Verbraucher im Gemeinsamen Markt. Schließlich spüren die Hausfrauen Preiserhöhungen immer zuerst. In der EntschlieÙung wird daher bedauert, daÙ die wirtschaftliche Integration, insbesondere die Agrar- und Wettbewerbspolitik, bisher kaum Vorteile für den Konsumenten gebracht habe. Die Integrationsgewinne seien vom Handel nicht an die Endverbraucher weitergegeben worden. Durch die ab 1. Juli 1967 gültige Senkung der deutschen Getreidepreise ist diese Frage besonders aktuell geworden.

* * *

Die SPD war in StraÙburg diesmal mit 50 Frauen aus dem Raum Stuttgart unter Leitung der Vorsitzenden des SPD-Bundesfrauenausschusses, der Bundestagsabgeordneten Annemarie Renger, vertreten. Aus der Sicht des Europäischen Parlaments stellte sich der SPD-Abgeordnete Herbert Kriedeman den Fragen der deutschen Frauen. Zu Beginn des Treffens waren die 200 sozialdemokratischen Frauen von Francis Vals, dem Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments und von Lucien Raoux, dem Vorsitzenden des Verbindungsbüros der sozialdemokratischen Parteien der EWG, begrüÙt worden.

Der Wunsch nach einem ZusammenschluÙ von EWG und EFTA würde durch die erstmalige Anwesenheit einer sozialdemokratischen Frauendelegation aus Schweden dokumentiert. Die Teilnahme an einer Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vermittelte den Frauen einen starken Eindruck von der praktischen Europapolitik. Mit ihrem jüngsten Treffen haben die Sozialdemokratinnen der EWG wieder bewiesen, daÙ sie die Europapolitik nicht allein den Männern überlassen wollen. Sie wollen kein Europa der Männer, sondern ein Europa der Völker.

+ + +